Satzung

vom 30.09.2014

zur 5. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Marienheide vom 15.12.1999

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 Satz 2, Buchstabe f) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) hat der Rat der Gemeinde Marienheide in seiner Sitzung am 30.09.2014 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Änderung der Satzung

1. In der Inhaltsübersicht werden die Worte „§ 9 Ausschüsse und Ältestenrat“ durch die Worte „§ 9 Ausschüsse“ ersetzt.
2. In § 9 werden in der Überschrift nach dem Wort „Ausschüsse“ die Worte „und Ältestenrat“ gestrichen.
§ 9 Abs. 6 entfällt.
3. In § 12 Abs. 3 wird der Punkt nach Satz 1 durch ein Komma ersetzt und um den Satzteil „der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist.“ ergänzt.
Es wird der Satz „Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind.“ als neuer Satz 2 eingefügt.
Die bisherigen Sätze 2 bis 6 werden die Sätze 3 bis 7.
Der neue Satz 7 Buchstaben d) erhält die Fassung: „d) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach SGB XI ist, oder einen Haushalt mit mindestens 3 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.“
Satz 7 Buchstabe f) erhält die Fassung: „f) In keinem Fall darf der Verdienstaussfallersatz den Betrag von 15 € je Stunde und 120 € je Tag überschreiten.“
In Satz 7 Buchstabe g) werden vor dem Wort „Fraktionsvorsitzende“ die Worte „Stellvertretende Bürgermeister nach § 67 Abs. 1 GO und“ eingefügt.

4. In § 17 Satz 1 wird die Klammerbemerkung „(§ 74 Abs. 1 Satz 2 GO)“ durch die Klammerbemerkung „(§ 73 Abs. 3 GO)“ ersetzt.
In Satz 2 werden die Angaben „§ 74 Abs. 1 Satz 3 GO“ durch die Angaben „§ 73 Abs. 3 Satz 2 GO“ ersetzt.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.